

(Abgeordneter Brodauf.)

(A) vorgekommen sein. Mögen gewiß auch gewichtige Gründe für die Abschaffung der Todesstrafe angeführt werden, mich überzeugen sie nicht.

Wichtiger als die Abschaffung der Todesstrafe sind andere Forderungen, z. B. Definierungen von Delikten, wie Nötigung und Erpressung. Herr Kollege Heldt hat einen Fall angeführt, wo jemand wegen Erpressung bestraft worden ist. Der Richter konnte nach dem Gesetz und der Auslegungen, die ihm vom Reichsgericht gegeben worden sind, nicht anders als bestrafen. Aber der Fall beweist die Reformbedürftigkeit des Paragraphen der Erpressung. Und so gibt es viele andere Delikte, deren Begriff anders zu fassen ist, so den Begriff der Kuppelei. Über das Gebiet will ich mich nicht weiter verbreiten.

Eine Umgestaltung unserer Rechtspflege ist eine Hauptaufgabe für die Zukunft: *Justitia fundamentum regnorum*. Aber nicht das allein. Wichtig ist auch, daß das Vertrauen zur Rechtspflege im Volke besteht und gehoben wird, und das Vertrauen zur Rechtspflege im Volke ist doch bei uns zu Lande, ob nun mit Recht oder Unrecht, kein so fest gegründetes. Das ist eine Tatsache, die sich nicht bestreiten läßt. Hier gibt es Mittel und Wege, um dieses Vertrauen fester zu gründen, und ein Hauptweg ist die Heranziehung des Laienelements zur Rechtsprechung in Strassachen.

(B)

(Sekretär Koch: Sehr richtig!)

Abgesehen von der Frage, ob die Rechtsprechung dadurch besser oder schlechter wird — die gelehrten Richter befürchten meist eine schlechtere Rechtsprechung; ich teile die Befürchtung nicht —, liegt der hohe Wert der Teilnahme des Volkes aller Schichten an der Rechtsprechung darin, daß es Einblick gewinnt in den inneren Betrieb. Ich bin überzeugt, daß mancher, der früher, als er der Sache fern stand, von der Weltfremdheit der Richter und der Ungerechtigkeit ihrer Urteile gesprochen hat, durch sein Mitwirken, namentlich als Schöffe, ein anderes Urteil bekommen hat. Wichtig ist es, daß in größerem Maße, als das bisher geschehen ist, auch Angehörige der unteren Volksschichten zu diesen Ehrenämtern herangezogen werden. In dieser Forderung befinde ich mich in Übereinstimmung mit dem Herrn Vorredner Abgeordneten Heldt, nur insoweit nicht, als ich die Forderung, daß die Frauen herangezogen werden, zurzeit noch nicht für so dringlich halte. Es ist das allerdings eine Frage, die mit der Zeit auch akut werden wird.

Die Reichsregierung wird nach dem Kriege hoffentlich sehr bald an die Lösung der Aufgaben herantreten, die ihrer auf dem Gebiete der Rechtspflege harren. Wir versuchen unsere Regierung, zu ihrem Teile daran zu wirken,

daß unsere Justizgesetze im Reiche zu wahrhaft volkstümlichen gestaltet werden.

(Bravo! in der Mitte.)

Vizepräsident Dr. Spieß: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fleißner.

Abgeordneter Fleißner: Der Herr Justizminister ist auf die Dinge eingegangen, die ich in der Finanzdeputation A zur Sprache gebracht habe. Ich will zunächst dazu bemerken, daß wir in der Finanzdeputation A einmütig der Meinung waren, daß wir diesen Fall abtrennen und in kommissarischer Beratung besonders behandeln wollten. Mir war das angenehm, weil ich auf diese Weise eine ausführliche und eingehende Behandlung erwarten kann. Das steht nun noch aus. Aber der Herr Justizminister hat heute gewissermaßen vorgegriffen. Er hat heute schon erklärt, er habe das Material zur Auskunfterteilung in der Hand und könne feststellen, daß sämtliche von mir in der Deputation erhobenen Vorwürfe, wozu ich das Material gegeben habe, völlig unbegründet seien. Es wird abzuwarten sein, und darauf kommt es ja schließlich an, wie der Herr Justizminister zu diesem Urteil gekommen ist, d. h. wie die Erörterungen angestellt worden sind. Vorläufig behaupte ich, daß die von mir vorgebrachten Dinge durchaus auf Tatsachen beruhen, und daß der Mann, dem sie passiert sind, in der Öffentlichkeit für jede einzelne dieser Behauptungen einsteht, weil er selbst der leidtragende Teil in dem Fall gewesen ist. Ich habe keine Veranlassung, an der Richtigkeit der Behauptungen dieses Mannes irgendwie zu zweifeln. Ich will es bei diesen Bemerkungen bewenden lassen und warte das Ergebnis der Kommissionsberatung ab. Ich wünsche nur, daß es recht bald, unmittelbar nach den Ferien, geschieht, so daß wir in der Kammer weiteres über die Sache hören werden. Ich werde Gelegenheit nehmen, in der Kammer den Fall einzeln vorzutragen, und bemerke noch, daß mir weiteres Material zugegangen ist in bezug auf die Behandlung, die jenem Manne auf der königlichen Polizeidirektion zu Dresden zuteil geworden ist und die sich „würdig“ an das anreicht, was im Gefängnis von dem Manne zu erdulden war.

Dem Proteste gegen die Bewilligung des Gehaltes des Justizministers schließen wir uns an. Ich habe bereits in der Kommission eine derartige Andeutung gegeben; für uns sind in der Hauptsache maßgebend die Verhältnisse auf dem Gebiete der Justizverwaltung. Soweit die allgemeinen und politischen Dinge in Betracht kommen, ist nach unserem Dafürhalten mit diesen Mitteln